

Beamtenrecht in der Praxis

Bearbeitet von
Prof. Dr. Helmut Schnellenbach, Dr. Jan Bodanowitz

9., neubearbeitete Auflage 2017. Buch. XXXI, 476 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 68723 5
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm
Gewicht: 813 g

[Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Beamtenrecht, Richterrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 40



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
Beamtenrecht in der Praxis

von

Prof. Dr. Helmut Schnellenbach

Präsident des
Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen a. D.

und

Dr. Jan Bodanowitz

Präsident des
Verwaltungsgerichts Potsdam

9., neubearbeitete Auflage 2017





beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zitierweise: Schnellbach/Bodanowitz BeamtenK 9. A.

www.beck.de

ISBN 978 3 406 68723 5

© 2017 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim
Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

Schnellenbach: ... §§ 1, 2, 8–10, 12 und 14

Bodanowitz: §§ 3–7, 11, 13 und 15



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur 9. Auflage

Seit der Fertigstellung des Manuskripts der vorherigen, inzwischen vergriffenen 8. Auflage sind gut dreieinhalb Jahre vergangen. Angesichts der Fülle der Jahr für Jahr zum Beamtenrecht ergehenden Rechtsprechung wie des hierzu veröffentlichten Schrifttums, aber auch der einschlägigen Aktivitäten der Gesetz- und Verordnungsgeber hat sich während dieser Zeitspanne wiederum ein erheblicher Aktualisierungsbedarf ergeben. Diesem soll mit der vorliegenden Neuauflage Rechnung getragen werden.

Die im Laufe der acht Voraufgaben stetig (fort-)entwickelte und bewährte Grundkonzeption und Gliederung ist ungeachtet der nunmehr vorgenommenen Aufteilung des Stoffes (Schnellenbach: §§ 1, 2, 8, 9, 10, 12 und 14, Bodanowitz §§ 3, 4, 5, 6, 7, 11, 13 und 15) beibehalten worden. Die 9. Auflage soll daher inhaltlich keine „Zäsur“ darstellen, zumal die Autoren bereits seit dem Jahre 2011 eine vergleichbare Zusammenarbeit verbindet (siehe das von Schnellenbach begründete und herausgegebene und von Bodanowitz fortgeführte Loseblattwerk „Die dienstliche Beurteilung der Beamten und der Richter“).

Wie bei sämtlichen Voraufgaben gilt auch für diese Neuauflage: Die Ausführungen sollen namentlich Beamten und ihren Anwälten oder sonstigen Rechtsberatern wie auch Verwaltungen und Verwaltungsgerichten eine Hilfe bei ihrer täglichen Arbeit sein. Sie konzentrieren sich deswegen auf die aus unserer Sicht für die Praxis besonders bedeutungsvollen Fragen und dürfen daher nicht als Versuche umfassender, systematischer Darstellungen missverstanden werden.

Soweit die männliche Sprachform verwendet ist, soll dies der Verdichtung und Lesbarkeit des Textes dienen.

Für Hinweise und Vorschläge sind wir wie schon in der Vergangenheit stets dankbar.

Die Manuskripte sind am 31. Juli 2016 abgeschlossen.

Gelsenkirchen und Potsdam, im Dezember 2016

*Helmut Schnellenbach
Jan Bodanowitz*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort zur 9. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
§ 1 Dienstrechtliche Gesetzgebungskompetenzen	1
I. Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	1
II. Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes	2
III. Übergangsbestimmungen	9
§ 2 Einfachgesetzliches Beamtenrecht	11
I. Neufassung des Bundesbeamtengesetzes	12
II. Novellierung des Bundesbesoldungsgesetzes	14
III. Novellierung des Versorgungsrechts des Bundes	16
IV. Laufbahnrecht in den Ländern	18
V. Besoldungsrecht in den Ländern	20
VI. Versorgungsrecht in den Ländern	21
VII. Das Beamtenstatusgesetz und die Landesbeamtengesetze	22
§ 3 Einstellung, Beförderung	29
I. Vorbemerkungen zur Ernennung	29
II. Vorbemerkungen zu den Arten der Beamtenverhältnisse	31
III. Vorbemerkungen zu den dienstrechtlichen Amtsbegriffen	33
IV. Einstellung	34
V. Beförderung	55
§ 4 Versetzung, Abordnung, Umsetzung, Zuweisung	83
I. Vorbemerkungen zu organisations- und haushaltsrechtlichen Aspekten	85
II. Vorbemerkungen zu den Rechtsgrundlagen nach der Föderalismusreform I	86
III. Versetzung	87
IV. Abordnung	105
V. Umsetzung	110
VI. Zuweisung	118
§ 5 Ruhestand	123
I. Eintritt in den Ruhestand mit Erreichen der Altersgrenze	124
II. Vorzeitige antragsgemäße Versetzung in den Ruhestand ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit	132
III. Versetzung von Beamten in den einstweiligen Ruhestand	134
IV. Zurruesetzung eines Beamten auf Lebenszeit wegen Dienstunfähigkeit	138
§ 6 Entlassung von Beamten auf Probe und auf Widerruf	153
I. Entlassung von Beamten auf Probe im Sinne des § 4 Abs. 3 lit. a BeamStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 1 BBG durch Verwaltungsakt	155
II. Entlassung von Beamten auf Probe iSd § 4 Abs. 3 lit. b BeamStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 2 BBG kraft Gesetzes und durch Verwaltungsakt	176
III. Entlassung von Beamten auf Widerruf	178
§ 7 Grundrechtsbeschränkungen	187
I. Verfassungsrechtlicher Ansatz	187
II. Beschränkungen in der Ausübung einzelner Grundrechte	189
§ 8 Nebentätigkeit	207
I. Vorbemerkungen zur Präzisierung des Begriffs „Hauptamt“ und zur Abgrenzung zwischen Hauptamt und Nebentätigkeit	208
II. Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst	211

X	<i>Inhaltsübersicht</i>	
	III. Genehmigungsbedürftige Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	213
	IV. Genehmigungsfreie Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	228
	V. Zu den nebensächlichkeitsrechtlichen Regelungen des § 91 Abs. 2, des § 92 Abs. 3 und des § 95 Abs. 3 BBG	233
	VI. Zum Nebentätigkeitsrecht der Landesbeamten	234
	VII. Prozessuale Fragen	239
§ 9	Schadensersatzhaftung des Beamten	243
	I. Eigenschäden des Dienstherrn und Fremdschäden	243
	II. Voraussetzungen der Haftung nach § 48 Satz 1 BeamtStG und § 75 Abs. 1 Satz 1 BBG	247
	III. Haftungsbegrenzungen	258
	IV. Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	261
	V. Beweislast	264
	VI. Anspruchsübergang	265
§ 10	Fürsorge- und Schutzpflicht des Dienstherrn	267
	I. Verfassungsrechtliche Vorbemerkungen	267
	II. § 45 BeamtStG und § 78 BBG als Auffangnormen, Ausdruck eines Rechtsprinzips und <i>leges generales</i>	269
	III. Fürsorge- und Schutzpflicht im Verhältnis zu anderen Rechtsprinzipien	270
	IV. Einzelpflichtgruppen	275
	V. Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	296
	VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	299
§ 11	Dienstliche Beurteilung	303
	I. Normative und administrative Grundlagen des Beurteilungswesens	304
	II. Begriff der dienstlichen Beurteilung	305
	III. Beurteilungsarten	306
	IV. Beurteilungsverfahren	312
	V. Beurteilungsinhalt	318
	VI. Rechtsschutz	325
§ 12	Personalakten	341
	I. Rechtsgrundlagen	342
	II. Inhalt der Personalakte	343
	III. Personelle und sachliche Folgerungen aus der Zweckbindung der Personalakten	353
	IV. Erhebung und Verwendung von Personalaktendaten im Auftrag	355
	V. Einsichtnahme in die Personalakte	356
	VI. Anhörung des Beamten	364
	VII. (Gegen-)Äußerung des Beamten	365
	VIII. Berichtigungsanspruch des Beamten	366
	IX. Entfernungsanspruch des Beamten	367
	X. Automatisierte Personalverwaltungssysteme	368
	XI. Prozessuale Fragen	370
§ 13	Leistungsstufen, -prämien und -zulagen	373
	I. Leistungsabhängiges Aufsteigen in den Grundgehaltsstufen	374
	II. Leistungsprämien und -zulagen	382
	III. Prozessuale Fragen	387
§ 14	Dienstunfall	391
	I. Dienstunfall im engeren Sinne	392
	II. Berufskrankheit	407
	III. Wegeunfall	411
	IV. Weitere, dem Dienstunfall im engeren Sinne gleichgestellte Tatbestände	417
	V. Erstattung von Sachschäden als Unfallfürsorgeleistung	421
	VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	424
§ 15	Rückforderung von Besoldung und Versorgung sowie sonstigen Leistungen des Dienstherrn	429
	I. Rechtsgrundlose Leistungsgewährung	433
	II. Wegfall der Bereicherung	440

III. Verschärfte Haftung	443
IV. Rückforderung des Bruttobetragtes	452
V. Billigkeitsentscheidung	453
VI. Geltendmachung der Rückforderung	455
VII. Beweislast	459
Stichwortverzeichnis	461



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Dienstrechtliche Gesetzgebungskompetenzen	1
I. Ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	1
II. Konkurrierende Gesetzgebung des Bundes	2
1. Zur Interpretation des Begriffs der Statusrechte und -pflichten	2
2. Zu den „Ausnahmen“ von der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes	5
a) Laufbahnen	5
b) Besoldung und Versorgung	5
III. Übergangsbestimmungen	9
§ 2 Einfachgesetzliches Beamtenrecht	11
I. Neufassung des Bundesbeamtengesetzes	12
1. Förderung des Leistungsprinzips	12
2. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes	12
3. Stärkung der Mobilität	13
4. Maßnahmen im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung	14
5. Stärkung des Grundsatzes „Rehabilitation vor Versorgung“	14
II. Novellierung des Bundesbesoldungsgesetzes	14
1. Erfahrungszeiten statt Besoldungsdienstalter	15
2. Neugestaltung der Besoldungstabelle	15
3. Familienbezogene Besoldungsbestandteile	16
III. Novellierung des Versorgungsrechts des Bundes	16
1. Vorbemerkung	16
2. Wirkungsgleiche und systemgerechte Übertragung der Rentenreformen	16
3. Einführung einer Versorgungsauskunft	17
4. Nachvollzug der Besoldungsreform	17
IV. Laufbahnrecht in den Ländern	18
1. Baden-Württemberg (§§ 14–23 BW LBG)	18
2. Bayern, Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen	18
3. Berlin (§ 2, §§ 7 ff. BlnLbG), Sachsen (§§ 15–30 SächsBG)	19
4. Brandenburg (§§ 9–26 BbgLBG)	19
5. Bremen (§§ 13–26 BrBG), Hamburg (§§ 13–26 HmbBG), Mecklenburg-Vorpommern (§§ 12–26 MVBG), Niedersachsen (§§ 13–26 NBG) und Schleswig-Holstein (§§ 13–26 SH LBG)	19
6. Sachsen-Anhalt (§§ 13–28 BG LSA)	20
7. Die übrigen Länder, insbesondere Nordrhein-Westfalen	20
V. Besoldungsrecht in den Ländern	20
VI. Versorgungsrecht in den Ländern	21
VII. Das Beamtenstatusgesetz und die Landesbeamtengesetze	22
1. Beamtenverhältnis auf Zeit	22
2. Wegfall der Anstellung	23
3. Ernennungskriterien und Ausschreibungsmodalitäten	23
4. Probezeit	23
5. Nichtigkeit und Rücknahme der Ernennung	24
6. Abordnung, Versetzung und Umbildung von Körperschaften	24

7. Zuweisung	25
8. Beendigung des Beamtenverhältnisses	25
9. Nebentätigkeit	26
10. Teilzeit, Urlaub, Mutterschutz und Elternzeit	26
11. Personalakte	26
12. Partizipation	27
a) Personalvertretung	27
b) Mitgliedschaft in Gewerkschaften und Berufsverbänden	27
c) Beteiligung der Spitzenorganisationen	27
§ 3 Einstellung, Beförderung	29
I. Vorbemerkungen zur Ernennung	29
II. Vorbemerkungen zu den Arten der Beamtenverhältnisse	31
III. Vorbemerkungen zu den dienstrechtlichen Amtsbegriffen	33
IV. Einstellung	34
1. Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Widerruf zum Zwecke der Ableistung eines Vorbereitungsdienstes	35
a) Nur laufbahnrechtlich relevanter Vorbereitungsdienst	36
b) Vorbereitungsdienst als Ausbildungsstätte	39
2. Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Probe	43
a) Probezeit zur späteren Verwendung auf Lebenszeit	43
b) Probezeit zur Übertragung eines Amtes mit leitender Funktion	49
3. Prozessuale Fragen	50
a) Verwaltungsrechtsweg	50
b) Klageart und vorläufiger Rechtsschutz	51
c) Vorverfahren	53
d) Beweislast	54
V. Beförderung	55
1. Die der Bestenauslese vorgeschaltete organisations- und verwaltungspolitische Entscheidungsebene	56
2. Bestenauslese und sog Hilfskriterien	59
a) Zu den Mitteln der Bestenauslese	64
b) Zum Rechtsanspruch auf Beförderung	67
3. Die Auswahlentscheidung	68
4. Schadensersatz wegen unterbliebener oder verspäteter Beförderung	69
5. Prozessuale Fragen	72
a) Rechtsweg	72
b) Klageart und vorläufiger Rechtsschutz	72
c) Vorverfahren	81
d) Beweislast	81
§ 4 Versetzung, Abordnung, Umsetzung, Zuweisung	83
I. Vorbemerkungen zu organisations- und haushaltsrechtlichen Aspekten	85
II. Vorbemerkungen zu den Rechtsgrundlagen nach der Föderalismusreform I	86
III. Versetzung	87
1. Versetzung auf Antrag des Beamten	87
2. Versetzung aus dienstlichen Gründen	90
a) Ausübung des Ermessens	94
b) Anhörung des Beamten	97
c) Entbehrlichkeit einer Zustimmung des Beamten	97
3. Beteiligung der Personalvertretung	99
4. Einverständnis des aufnehmenden Dienstherrn	101
5. Prozessuale Fragen	102
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	102
b) Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage	103

c) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	104
d) Beweislast	104
IV. Abordnung	105
1. Abordnung innerhalb des Dienstbereichs des bisherigen Dienstherrn	106
2. Abordnung in den Dienstbereich eines anderen Dienstherrn	108
3. Prozessuale Fragen	109
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	109
b) Ausschluss der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage	109
c) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	110
d) Beweislast	110
V. Umsetzung	110
1. Ermessensausübung	111
2. Prozessuale Fragen	114
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	114
b) Vorverfahren	117
c) Vorläufiger Rechtsschutz	117
VI. Zuweisung	118
1. Zuweisung mit Zustimmung des Beamten	118
2. Zuweisung ohne Zustimmung des Beamten	120
3. Amtsangemessenheit der Tätigkeit	120
4. Sonderregelungen	121
5. Rechtsschutz	122
§ 5 Ruhestand	123
I. Eintritt in den Ruhestand mit Erreichen der Altersgrenze	124
1. Altersgrenzen	124
a) Regelaltersgrenze	125
b) Besondere Altersgrenzen	125
2. Erreichen der maßgeblichen Altersgrenze	126
3. Hinausschieben des Ruhestandes auf Antrag des Beamten	127
a) Antrag des Beamten	127
b) Dienstliches Interesse bzw. dienstliche Interessen (Belange)	127
4. Hinausschieben des Ruhestandes auf Initiative des Dienstherrn	129
5. Beginn des Ruhestandes	129
6. Prozessuale Fragen	130
a) Verwaltungsrechtsweg und Vorverfahren	130
b) Klagearten	130
c) Vorläufiger Rechtsschutz	130
d) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	131
e) Beweislast	132
II. Vorzeitige antragsgemäße Versetzung in den Ruhestand ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit	132
1. Antrag	133
2. Ermessensentscheidung	133
3. Versorgungsabschlag	134
4. Rechtsschutzfragen	134
III. Versetzung von Beamten in den einstweiligen Ruhestand	134
1. Sog politische Beamte	134
a) Einstweiliger Ruhestand	135
b) Tatbestand	135
c) Ausübung des Ermessens	136
d) Zu Verfahren und Form	136
e) Rechtsschutzfragen	136
f) Zur erneuten Berufung	137
2. Organisatorische Veränderungen	137

IV. Zuruhesetzung eines Beamten auf Lebenszeit wegen Dienstunfähigkeit	138
1. Dienstunfähigkeit im Allgemeinen	139
2. Besondere Dienstunfähigkeit	140
3. Feststellung der Dienstunfähigkeit	141
4. Anderweitige Verwendung	143
5. Begrenzte Dienstfähigkeit	144
6. Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	146
a) Reaktivierung von Amts wegen	146
b) Reaktivierung auf Antrag	147
7. Zu Verfahren, Zuständigkeit und Form	148
a) Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit	148
b) Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit	148
c) Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	149
8. Rechtsschutzfragen	149
a) Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit	149
b) Feststellung der begrenzten Dienstfähigkeit	150
c) Wiederherstellung der Dienstfähigkeit	150
d) Beweislast	151
§ 6 Entlassung von Beamten auf Probe und auf Widerruf	153
I. Entlassung von Beamten auf Probe im Sinne des § 4 Abs. 3 lit. a BeamStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 1 BBG durch Verwaltungsakt	155
1. Entlassung wegen eines Dienstvergehens	156
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	156
b) Ermessensausübung	160
c) Terminliche Möglichkeiten der Entlassung	161
d) Entlassungsverfahren	162
2. Entlassung wegen fehlender Bewährung	164
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	164
b) Ermessensausübung	167
c) Entlassungsfristen	169
d) Entlassungsverfahren	169
3. Entlassung wegen Dienstunfähigkeit	170
a) Tatbestandliche Voraussetzungen	170
b) Ermessensausübung	172
c) Entlassungsfristen und Entlassungsverfahren	173
4. Prozessuale Fragen	173
a) Verwaltungsrechtsweg und Klageart	173
b) Aufschiebende Wirkung eines Widerspruchs und einer Anfechtungsklage ..	174
c) Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	175
II. Entlassung von Beamten auf Probe iSd § 4 Abs. 3 lit. b BeamStG bzw. des § 6 Abs. 3 Nr. 2 BBG kraft Gesetzes und durch Verwaltungsakt	176
III. Entlassung von Beamten auf Widerruf	178
1. Entlassung kraft Gesetzes	178
2. Entlassung durch Verwaltungsakt (Widerruf)	180
a) Widerruf bei Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vor Ablegung der Prüfung	180
b) Widerruf bei Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst der Länder nach Ablegung der Prüfung	183
c) Widerruf bei Beamten auf Widerruf, die gemäß § 4 Abs. 4 lit. b BeamStG bzw. § 6 Abs. 4 Nr. 2 BBG zur vorübergehenden Wahrnehmung von Aufgaben nach § 3 Abs. 2 BeamStG bzw. § 5 BBG verwendet werden ...	184
3. Prozessuale Fragen	185
§ 7 Grundrechtsbeschränkungen	187
I. Verfassungsrechtlicher Ansatz	187
II. Beschränkungen in der Ausübung einzelner Grundrechte	189
1. Freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)	189

2. Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) . . .	194
3. Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG)	194
4. Meinungsäußerungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG)	197
5. Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	200
6. Koalitionsrecht (Art. 9 Abs. 3 GG)	201
7. Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Abs. 1 GG)	203
8. Freizügigkeit (Art. 11 GG)	203
9. Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	205
§ 8 Nebentätigkeit	207
I. Vorbemerkungen zur Präzisierung des Begriffs „Hauptamt“ und zur Abgrenzung zwischen Hauptamt und Nebentätigkeit	208
II. Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst	211
1. Zum Begriff und zur Rechtsform des Verlangens	212
2. Übermäßige Beanspruchung	212
3. Auswählerwägungen bei der Übertragung einer Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst	213
III. Genehmigungsbedürftige Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	213
1. Allgemeines zur Beschränkung von Nebentätigkeiten	214
2. Genehmigung und Genehmigungsversagung	215
a) Übermäßige Inanspruchnahme der Arbeitskraft des Beamten	217
b) Widerstreit mit dienstlichen Pflichten	219
c) Kollisionen mit der Behördenzuständigkeit und dem Gebot unparteiischer und unbefangener Amtsführung	219
d) Wesentliche Einschränkungen der künftigen dienstlichen Verwend- barkeit	222
e) Beeinträchtigung des Ansehens der öffentlichen Verwaltung	222
f) Ausübung eines Zweiterberufs (§ 99 Abs. 2 Satz 3 BBG)	224
g) Überschreitung einer Vergütungsgrenze (§ 99 Abs. 3 Satz 3 BBG)	225
3. Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal und Material des Dienstherrn	226
4. Nebenbestimmungen zur Genehmigung	227
5. Nachweis- und Anzeigepflicht	227
IV. Genehmigungsfreie Nebentätigkeiten bei Bundesbeamten	228
1. Verwaltung eigenen oder der Nutznießung des Beamten unterliegenden Vermögens (§ 100 Abs. 1 Nr. 1 BBG)	228
2. Schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit des Beamten (§ 100 Abs. 1 Nr. 2 BBG)	229
3. Gutachtertätigkeit (§ 100 Abs. 1 Nr. 3 BBG)	230
4. Wahrung von Berufsinteressen (§ 100 Abs. 1 Nr. 4 BBG)	231
5. Anzeige- und Auskunftspflicht, Untersagung der Nebentätigkeit	231
V. Zu den nebensätigkeitsrechtlichen Regelungen des § 91 Abs. 2, des § 92 Abs. 3 und des § 95 Abs. 3 BBG	233
1. Verpflichtung zur Beschränkung von Nebentätigkeit bei voraussetzungsloser Antragsteilzeit	233
2. Nebentätigkeiten bei familienbezogener (familienbedingter) Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung	233
3. Nebentätigkeiten bei arbeitsmarktbezogener Beurlaubung	234
VI. Zum Nebentätigkeitsrecht der Landesbeamten	234
VII. Prozessuale Fragen	239
1. Verwaltungsrechtsweg, Klagearten und Klagebefugnis bei Klagen des Beamten	239
2. Zur Frage einer Klagebefugnis Dritter	241
3. Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs und der Anfechtungsklage des Beamten	241
4. Kontrolldichte der verwaltungsgerichtlichen Prüfung	241
5. Beweislast	242

§ 9 Schadensersatzhaftung des Beamten	243
I. Eigenschäden des Dienstherrn und Fremdschäden	243
1. Eigenschäden des Dienstherrn	243
2. Fremdschäden	243
a) Unfallfürsorgeleistungen als mittelbarer Schaden des Dienstherrn	243
b) Schadensersatzpflicht des Dienstherrn gegenüber einem anderen Beamten	244
c) Schadensersatzpflicht des Dienstherrn gegenüber einem außenstehenden Dritten im nichthoheitlichen Bereich	244
d) Amtshaftung	245
e) Gefährdungshaftung des Dienstherrn nach den §§ 7 ff. StVG	246
II. Voraussetzungen der Haftung nach § 48 Satz 1 BeamStG und § 75 Abs. 1 Satz 1 BBG	247
1. Persönlicher Geltungsbereich	247
2. Dienstpflichtverletzung	248
a) Allgemeine Dienstpflichten	249
b) Besondere Dienstpflichten	251
c) Zur Abgrenzung von Dienst- und drittgerichteten Amtspflichten	251
3. Verschulden	251
a) Vorsatz	252
b) Grobe Fahrlässigkeit	252
4. Kausalität	254
5. Schaden	255
6. Gesamtschuldnerische Haftung	257
a) Mitverschulden des Dienstherrn	257
b) Fürsorgepflicht des Dienstherrn	257
III. Haftungsbegrenzungen	258
1. Haftung und Fürsorgepflicht	258
2. Verjährung	259
IV. Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs	261
1. Zivilgerichtliche Leistungsklage	262
2. Leistungsbescheid	262
3. Verwaltungsgerichtliche Leistungsklage	263
4. Aufrechnung	263
V. Beweislast	264
VI. Anspruchsübergang	265
§ 10 Fürsorge- und Schutzpflicht des Dienstherrn	267
I. Verfassungsrechtliche Vorbemerkungen	267
II. § 45 BeamStG und § 78 BBG als Auffangnormen, Ausdruck eines Rechtsprinzips und leges generales	269
III. Fürsorge- und Schutzpflicht im Verhältnis zu anderen Rechtsprinzipien	270
1. Alimentationspflicht des Dienstherrn, Gesetzesbindung von Besoldung und Versorgung und Maßgeblichkeit des statusrechtlichen Amtes	270
2. Schutz von Ehe und Familie	273
3. Bindung des Dienstherrn an das Gesetzmäßigkeits- und das Gleichbehandlungsgebot	274
IV. Einzelpflichtgruppen	275
1. Anhörungs- und Beratungspflichten	277
2. Förderungspflichten	280
a) Dienstliche Beurteilung	280
b) Dienstliche Verwendung	280
c) Fortbildung	281
d) Bestenauslese	282
e) Dienstpostenbewertung	283

3. Schadensabwendungspflichten	283
a) Gesundheit	284
b) Ehre	287
c) Willensfreiheit	289
d) Eigentum	289
4. Beistandspflichten bei dienstlich bedingten und außerdienstlichen Sonderbelastungen	291
a) Reise- und Umzugskostenvergütungen, Ballungsraumzulage	292
b) Rechtsverteidigungskosten	292
c) Aufwendungen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen	294
d) Vorschüsse	295
V. Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	296
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	299
1. Antragstellung („Konkretisierung“ des Begehrens)	299
2. Verwaltungsrechtsweg	300
3. Klageart	300
4. Vorverfahren	301
5. Beweislast	301
§ 11 Dienstliche Beurteilung	303
I. Normative und administrative Grundlagen des Beurteilungswesens	304
II. Begriff der dienstlichen Beurteilung	305
1. Vorbereitende Stellungnahmen und Beurteilungsentwürfe	305
2. Besetzungsberichte und -statements	305
3. Einzelleistungsbewertungen	306
III. Beurteilungsarten	306
1. Regel- und Bedarfsbeurteilung	307
2. Leistungs- Befähigungs- und Eignungsbeurteilung	309
3. Strengegebundene, teilgebundene und freie Beurteilung	311
IV. Beurteilungsverfahren	312
1. Zuständigkeit	312
2. Erkenntnisquellen	314
3. Anhörung des Beamten	315
4. Beurteilungsgespräch	316
5. Bekanntgabe (Eröffnung) der Beurteilung	316
6. Besprechung der Beurteilung	317
7. Beurteilungsspiegel	318
8. Aufnahme der Beurteilung in die Personalakte	318
V. Beurteilungsinhalt	318
1. Beurteilungszeitraum und Aufgabenbereiche	319
2. Einzelmerkmale	321
3. Bewertungsskalen	322
a) Zum Zusammenhang zwischen Einzelbewertungen und Gesamturteilen	323
b) Zur Festlegung von Richtwerten für das anteilige Verhältnis der Gesamturteilsstufen bei Regelbeurteilungen	323
4. Verwendungsvorschlag	325
VI. Rechtsschutz	325
1. Widerspruchsverfahren	325
2. Klageverfahren	327
a) Verwaltungsrechtsweg und örtliche Zuständigkeit	327
b) Klageart	329
c) Klagefrist	330
d) Rechtsschutzinteresse	330
e) Begründetheit der Beurteilungsklage	332

XX		
§ 12 Personalakten		341
I. Rechtsgrundlagen		342
II. Inhalt der Personalakte		343
1. Allgemeines zur Abgrenzung von Personal- und Sachakte		345
2. Besetzungsberichte und -statements		347
3. Beschwerdeverfahren		347
4. Vorgänge, die grundsätzlich nicht aufnahmefähig sind		348
5. Materielles und formelles Prinzip		348
6. Vollständigkeits- und Richtigkeitsprinzip, Resozialisierungsgedanke		351
III. Personelle und sachliche Folgen aus der Zweckbindung der Personalakten		353
IV. Erhebung und Verwendung von Personalaktendaten im Auftrag		355
V. Einsichtnahme in die Personalakte		356
1. Einsichtsrecht des Beamten		357
2. Einsichtnahme durch Dritte		361
VI. Anhörung des Beamten		364
VII. (Gegen-)Äußerung des Beamten		365
VIII. Berichtigungsanspruch des Beamten		366
IX. Entfernungsanspruch des Beamten		367
1. Spezialgesetzliche Regelungen		367
2. Entfernung von Vorgängen nach § 112 BBG		368
X. Automatisierte Personalverwaltungssysteme		368
1. Verarbeitung und Nutzung von Personalaktendaten in Dateien		369
2. Mitteilungspflichten des Dienstherrn		370
XI. Prozessuale Fragen		370
1. Verwaltungsrechtsweg und Klageart		370
2. Vorläufiger Rechtsschutz		371
§ 13 Leistungsstufen, -prämien und -zulagen		373
I. Leistungsabhängiges Aufsteigen in den Grundgehaltsstufen		374
1. Die gesetzliche Regelung		374
a) Leistungsstufe		374
b) Hemmung des Aufstiegs in den Steigerungsstufen		375
c) Zuständigkeit und Verfahren		377
2. Die (ergänzenden) Regelungen der Bundesleistungsbesoldungsverordnung		379
a) Geltungsbereich		379
b) Leistungsstufe		379
c) Entscheidungsberechtigte und Verfahren		380
II. Leistungsprämien und -zulagen		382
1. Die gesetzliche Ermächtigung		382
2. Die (ergänzenden) Regelungen der Bundesleistungsbesoldungsverordnung		383
a) Geltungsbereich		383
b) Allgemeines		383
c) Leistungsprämie		385
d) Leistungszulage		385
e) Entscheidungsberechtigte und Verfahren		386
III. Prozessuale Fragen		387
1. Verwaltungsrechtsweg und Klageart		387
a) Klage auf Festsetzung einer Leistungsstufe		387
b) Klage gegen eine Entscheidung, die die Hemmung des Aufstiegs in den Steigerungsstufen anordnet		388
c) Klage bei umstrittener nachträglicher Leistungssteigerung		388
d) Klage auf Vergabe einer Leistungsprämie oder -zulage		388
2. Vorläufiger Rechtsschutz		389

§ 14 Dienstunfall	591
I. Dienstunfall im engeren Sinne	392
1. Äußere Einwirkung	392
2. Merkmale der Abgrenzung des Unfalles von schädlichen Dauereinwirkungen	393
3. Körperschaden	394
4. Zusammentreffen einer äußeren Einwirkung mit einer Anlage	395
5. Dienstbezogenheit des Unfalles	397
a) Unfälle im Dienstgebäude während der Dienststunden	399
b) Unfälle außerhalb des Dienstgebäudes während der Dienststunden	400
c) Unfälle im Dienstgebäude außerhalb der Dienststunden	401
d) Unfälle bei Dienstreisen	401
e) Unfälle bei der Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen	403
f) Unfälle bei Nebentätigkeiten	405
g) Unfälle von Beamten, die sich selbst „in den Dienst versetzen“	406
h) Unfälle in der Privatwohnung des Beamten bei Verrichtung von Dienstgeschäften	407
II. Berufskrankheit	407
III. Wegeunfall	411
1. Beginn und Ende des Weges	411
2. Innerer Zusammenhang zwischen Weg und Dienst	412
a) Funktioneller Aspekt	412
b) Zeitlicher Aspekt	413
c) Unterbrechungen des funktionellen oder zeitlichen Zusammenhanges	414
d) Kraft Gesetzes unfallgeschützte Umwege	416
IV. Weitere, dem Dienstunfall im engeren Sinne gleichgestellte Tatbestände	417
1. Unfall bei der Familienheimfahrt	418
2. Heilverfahrensunfall	418
3. Angriffstatbestände	420
4. Beurlaubtenunfall	420
V. Erstattung von Sachschäden als Unfallfürsorgeleistung	421
VI. Verfahrensrechtliche und prozessuale Fragen	424
1. Meldung und Untersuchungsverfahren	424
2. Verwaltungsrechtsschutz	426
a) Klageart	426
b) Kontrolldichte der gerichtlichen Prüfung beim Beurlaubtenunfall	426
c) Beweislast	426
§ 15 Rückforderung von Besoldung und Versorgung sowie sonstigen Leistungen des Dienstherrn	429
I. Rechtsgrundlose Leistungsgewährung	433
1. Verwaltungsakt als Rechtsgrund	434
2. Nichtigkeit des Verwaltungsakts	434
3. Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts	435
4. Erledigter Verwaltungsakt	437
5. Feststellung des Verlustes der Bezüge	438
6. Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs und der Klage bei Entlassung	438
7. Aufgrund einstweiliger Anordnung bei einer Zurruesetzung wegen Dienstunfähigkeit gewährte (Differenz-)Bezüge	439
8. Aufgrund einstweiliger Anordnung gewährte Geldleistungen	440
II. Wegfall der Bereicherung	440
1. Verfahrensrechtliche Fragen	441
2. Unterstellter Bereicherungswegfall	441
3. Im Einzelfall festgestellter Bereicherungswegfall	442
III. Verschärfte Haftung	443
1. Rechtshängigkeitshaftung	443

2. Haftung bei Kenntnis oder Offensichtlichkeit des Mangels	444
3. Haftung bei ungewissem Erfolgseintritt oder möglichem Rechtsgrundwegfall ..	448
a) Abschlagszahlungen	448
b) Vorbehaltszahlungen	448
c) Weitere Fälle	451
4. Verstoß der Rückforderung gegen Treu und Glauben	451
IV. Rückforderung des Bruttobetrag	452
V. Billigkeitsentscheidung	453
VI. Geltendmachung der Rückforderung	455
1. Leistungsbescheid	455
2. Leistungsklage	457
3. Aufrechnung	458
VII. Beweislast	459
Stichwortverzeichnis	461